

## Wahlrechtsreform: Fragen und Antworten

*Laut Bundeswahlgesetz besteht der Deutsche Bundestag aus 598 Abgeordneten. Durch Überhang- und Ausgleichsmandate überschreitet der Bundestag diese Zahl mit derzeit 709 Abgeordneten jedoch deutlich. Das führt nicht nur zu Platzproblemen und erschwerten Arbeitsbedingungen im Parlament, sondern ist auch extrem teuer für den Steuerzahler. Die FDP-Fraktion hat deshalb gemeinsam mit den Fraktionen von Grünen und Linken einen fairen Kompromiss zur Verkleinerung des Bundestages vorgeschlagen, bei dem die Zahl der Wahlkreise reduziert würde. Dieser wird von der Union blockiert. Sie hat einen anderen Vorschlag gemacht, der nur sie begünstigt. Wir beantworten die wichtigsten Fragen zum Thema.*

### Wie kam es zur Vergrößerung des Deutschen Bundestages?

Die Größe liegt vor allem an den sogenannten Überhangmandaten und deren Ausgleich. Der Deutsche Bundestag wird in einer personalisierten Verhältniswahl gewählt. Die Bürger wählen mit ihrer Zweitstimme die Landesliste einer Partei und bestimmen so über den Parteienproporz, mit ihrer Erststimme wählen sie einen Direktkandidaten und bestimmen so mit, wer für die Partei in den Bundestag einzieht. Wenn eine Partei mehr Direktmandate erringt, als ihr nach dem Anteil der Zweitstimmen zustehen, entstehen verzerrende Überhangmandate. Um das Verhältnis wiederherzustellen, kommt es zu Ausgleichsmandaten für die anderen Parteien. Dadurch ist der Bundestag stark angewachsen und könnte nach der nächsten Bundestagswahl noch größer werden.

### Sollte das Wahlrecht grundsätzlich geändert werden?

Dazu gibt es keinen Anlass. Das personalisierte Verhältniswahlrecht hat sich vielmehr in der Geschichte bewährt. Es ist im Grundsatz ein Verhältniswahlsystem, das den gleichen Erfolgswert der Wählerstimmen sichert. Gleichzeitig hat der Wähler die Möglichkeit, mit seiner Erststimme auf die personelle Zusammensetzung des Bundestages Einfluss zu nehmen. Dieser Wahlmodus findet große Akzeptanz in der Bevölkerung. Die FDP-Fraktion will daher das bestehende Recht grundsätzlich erhalten und die verfassungsrechtlichen Spielräume nutzen, um eine für alle Parteien faire Verkleinerung des Bundestags zu erreichen. Das gelingt im Kern durch eine Reduzierung der Wahlkreise und damit der Direktmandate.

## Was ist der Reformvorschlag der FDP-Fraktion?

Die FDP-Fraktion hat gemeinsam mit den Fraktionen von Grünen und Linken einen Kompromissvorschlag vorgelegt, der das Problem an der Wurzel packt, indem es die Wahrscheinlichkeit für Überhangmandate deutlich reduziert. Dazu muss das Verhältnis von Direkt- und Listenmandaten deutlich zugunsten der Listenmandate verändert werden. Der Vorschlag sieht deshalb vor, die Zahl der Wahlkreise und damit der Direktmandate auf 250 zu reduzieren. Zusätzlich wollen wir die Soll-Größe des Bundestages moderat auf 630 Sitze erhöhen. Außerdem muss das sogenannte Mindestsitzzahlverfahren abgeschafft werden. Dieses wurde eingeführt, um die Landeslisten vor Anrechnung von Direktmandaten aus anderen Ländern zu schützen. Es führt aber zu einer erheblichen Vergrößerung des Bundestages.

## Was schlägt die Union vor?

Die Union hat ein Modell zur Verkleinerung des Bundestags vorgeschlagen, bei dem 15 Überhangmandate unausgeglichen bleiben. Doch nur die Union kann bei aktuellen Prognosen mit einer hohen Zahl an Überhangmandaten rechnen. Denn sie gewinnt zwar viele Direktmandate, ihr Zweitstimmenergebnis wird jedoch immer schlechter. Gleicht man demnach 15 Überhangmandate nicht aus, ist es ausschließlich die Union, die davon profitiert. Sie stellt somit ihren parteipolitischen Vorteil über eine mehrheitsfähige Lösung. Bundeswirtschaftsminister Altmaier hat jetzt in einem Beitrag für eine Lösung des Problems noch in diesem Jahr geworben. Bisher ist eine faire Lösung an der Blockadehaltung der Union gescheitert. Die Union muss sich jetzt bewegen.

## Wie geht es jetzt weiter?

Der Kompromissvorschlag der Fraktionen von FDP, Grünen und Linken ist mehrheitsfähig. Zwar wurde das Wahlrecht bisher immer im Konsens geändert, aber notfalls ist auch eine Lösung ohne die Union möglich. Sie sollte die Chance nutzen, dem Kompromissvorschlag zuzustimmen, der in den Deutschen Bundestag eingebracht wurde. Denn die Zeit drängt: Wird in dieser zentralen Frage nicht schnell eine Lösung gefunden, droht ein Bundestag mit mehr als 800 Abgeordneten nach der nächsten Bundestagswahl. Bundestagsvizepräsident Oppermann hat erkennen lassen, dass die SPD auch zu einer Lösung ohne die Union bereit wäre. Keine Reform sei keine Option.